

„Ausgaben effizienter einsetzen“

MEHR ZUM THEMA KONJUNKTUR - Experten im Kreis sind für modifizierte Schuldenbremse

VON KAI A. STRUTHOFF



Solche Bilder dürften wohl seltener werden: Steigende Zinsen und die allgemeine Verunsicherung dürften zu einem Rückgang der privaten Bautätigkeit führen. Unser Foto entstand Mitte 2023 in einem Neubaugebiet in Neuenstein-Obergeis. Foto: kai A. Struthoff

Hersfeld-Rotenburg – Gerade in Zeiten der Krise sollte der Staat investieren, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern. Die sogenannte „antizyklische Finanzpolitik“ findet ihre Grenzen in der Schuldenbremse, der sich Deutschland eigentlich verpflichtet hat.

Im Rahmen der Konjunkturprognose unserer Zeitung haben wir führende Wirtschaftsexperten der Region auch gefragt, ob in dieser Lage neue Schulden gemacht werden sollten.

Die Schuldenbremse

„Die Schuldenbremse ist eine sinnvolle Beschränkung, die Sinn und Zweck hat. Ebenso spricht aber nichts gegen Ausnahmeregeln für echte, überraschende Krisen und auch nichts gegen Sondertöpfe für richtige Investitionen, die über Generationen ragen. Gezeigt hat sich aber leider, dass der

Staat mit diesen Rahmenbedingungen nicht demütig umgehen will oder kann“, sagt Sparkassenchef Reinhard Faulstich.

Ahnlich sieht es Alexandra Nieding von der IHK, die darauf verweist, dass bei staatlichen Ausgaben Investitionen grundsätzlich Vorrang vor rein konsumtiven Ausgaben haben sollten. „Deutschland hat kein Einnahmeproblem, sondern muss Ausgaben zielgerichteter und effizienter einsetzen“, urteilt sie. Wie jeder kluge Handwerksmeister antwortet auch Eugen Reinhardt: „Es sollte grundsätzlich nur das ausgegeben werden, was zuvor erwirtschaftet wurde.“ Der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft schimpft deshalb über die „verpfuschte Haushaltspolitik“ der Bundesregierung, der ja auch das Bundesverfassungsgericht die Rote Karte gezeigt hat.

Die Handwerksbetriebe litten unter den Unklarheiten bei den Förderzusagen. „Wir brauchen jetzt Impulse von der Politik, um die Wirtschaft zu stärken – und daher sollte man das Aussetzen der Schuldenbremse in dieser schwierigen Lage nicht kategorisch ausschließen“, so Reinhardt.

Waldemar Dombrowski von der Arbeitsagentur verweist darauf, dass diese Entscheidung den politisch Verantwortlichen obliege. „Ganz persönlich empfehle ich eine Modifizierung der Schuldenbremse, um gleichzeitig den enormen aktuellen Herausforderungen begegnen zu können und Handlungsspielräume für die künftige Generation zu sichern.“ Ähnlich sieht das Bernd Rudolph von der Wirtschaftsförderung, der für eine Reform hin zu einer „Zukunft schaffenden“ Finanzplanung plädiert.

Die Auftragslage

„Die Auftragsbücher im Mittelstand sind noch ordentlich voll“, berichtet Sparkassenchef Faulstich. Allerdings gingen viele Firmen wegen unberechenbarer Rahmenbedingungen bei der Erweiterung ihrer Kapazitäten mit Unterschieden in den jeweiligen Branchen immer mehr „in Deckung“.

Das registriert auch die Kreishandwerkerschaft. Insgesamt Sorge der noch hohe Auftragsbestand, verbunden mit dem Fachkräftemangel, für eine hohe Auslastung. „Dennoch sind die Sorgen über eine konjunkturelle Abschwächung für die nächsten Monate erkennbar. Der Auftragsbestand schmilzt und neue Auftragseingänge gehen zurück.“, sagt Eugen Reinhardt.

Alexandra Nieding verweist für die Industrie auf die schwache Auslandsnachfrage und warnt davor, dass durch die aktuellen Spannungen im Roten Meer die Lieferketten wieder stärker belastet werden. Bernd Rudolph

glaubt, dass die zurückgehende Bautätigkeit, höhere Energiekosten und der Fachkräftemangel sich neben weiteren Faktoren zunehmend negativ auswirken werden.

Der Arbeitsmarkt

Trotz der negativen Einflüsse gehen die befragten Experten übereinstimmend davon aus, dass der Arbeitsmarkt in der Region weitgehend stabil bleiben wird bei weiterhin bestehendem Fachkräftemangel.

Der Arbeitsmarkt-Experte Waldemar Dombrowski registriert dennoch „Bremsspuren“. Es gebe bei den Betrieben eine gewisse Zurückhaltung bei Neueinstellungen, aber es werde auch versucht, qualifizierte Fachkräfte zu halten. Dombrowski erwartet für das Jahr 2024 dennoch „allenfalls eine leichte Steigerung der Arbeitslosigkeit“ im Landkreis Hersfeld-Rotenburg.
Fotos: Verena Hahnelt, Privat, Arbeitsagentur, Wilfried Apel, Privat/NH